



Marburger Bund Schleswig-Holstein
Wahlprüfsteine

**Fragen und Antworten zur
Landtagswahl Schleswig-Holstein
2022**

Mai 2022

Frage 1: Krankenhausärzt:innen fühlen sich durch Stelleneinsparungen, hohen Bürokratieaufwand und Mehrarbeit überlastet. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um die Arbeitsbedingungen der Krankenhausärzt:innen zu verbessern?

<p>CDU</p>	<p>Wir wollen die Arbeitsbedingungen von Ärztinnen und Ärzten verbessern. Dazu gehört auch, dass wir den Bürokratieaufwand in den Krankenhäusern verringern wollen. Wir wollen mehr Anreize dafür schaffen, dass Ärztinnen und Ärzte nach ihrer Approbation auch dauerhaft hier in Schleswig-Holstein bleiben. Ärztinnen und Ärzte arbeiten jetzt schon häufig bis an ihre Belastungsgrenzen. Wir wollen und müssen sie diesbezüglich unterstützen. Daher stehen wir im fortlaufenden Austausch mit Vereinen und Verbänden, um Probleme und Herausforderungen in den Krankenhäusern gemeinsam zu diskutieren und Lösungsansätze dafür zu erarbeiten.</p>
<p>SPD</p>	<p>Die aktuelle Umfrage des Marburger Bundes in Schleswig-Holstein zeigt deutlich die hohe Belastung des ärztlichen Personals und die dünne Personaldecke. Die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen muss beendet werden, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Für uns sind Gesundheitsversorgung und Pflege ein Kernbereich der staatlichen Daseinsvorsorge. Weil sich die Gewinnmaximierung und Profitausrichtung häufig als Hindernis bei der notwendigen Grundversorgung zeigen kann, setzen wir uns für die Unterstützung kommunal verantworteter Krankenhäuser ein.</p> <p>Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht insgesamt eine stabile und solidarische Finanzierung. Daher setzen wir uns für eine Reform der Krankenhausfinanzierung ein, die dringend notwendig ist. Des Weiteren fordern wir eine am Wohl des Patienten orientierte Personalbemessung in der Pflege aber auch beim ärztlichen Personal.</p> <p>Der Arbeits- und Gesundheitsschutzes muss durch konsequente Umsetzung der aktuellen Vorgaben, durch konsequente Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen und durch ein regelmäßiges Angebot zur Supervision gesichert werden. Es müssen neue Arbeitszeitmodelle entwickelt werden, die flexibler und mitarbeiterorientierter an die verschiedenen Lebensphasen der Beschäftigten angepasst werden können. Verlässliche und planbare Arbeitszeiten gehören dazu.</p> <p>Wir werden den Dialog mit der Ärzteschaft weiter intensivieren und die Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen fest im Blick behalten.</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Die Arbeitsbedingungen der Krankenhausärzt*innen müssen aus Sicht von uns Grünen dringend verbessert werden. Hierzu ist ein ganzes Paket an Maßnahmen sinnvoll und erforderlich. Das System der Krankenhausfinanzierung muss dringend überarbeitet werden. Es setzt falsche Anreize und führt zu einem hohen Druck in den Kliniken. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, die Krankenhausfinanzierung um eine Grundfinanzierung zu ergänzen, die die Vorhaltekosten berücksichtigt. Das schafft Möglichkeiten für mehr Personal und wirkt sich positiv auf die Arbeitsbedingungen aus. Zur Beseitigung des Fachkräftemangels wollen wir die Anzahl der Medizinstudienplätze erhöhen. Außerdem haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Investitionsstau bei den Kliniken abgebaut wird.</p>
<p>FDP</p>	<p>Wir wollen, dass alle im Krankenhaus Tätigen optimale Arbeitsbedingungen vorfinden, um eine bestmögliche Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Dies umfasst selbstverständlich auch die Ärztinnen und Ärzte, die Tag für Tag einen sehr wichtigen Beitrag in unserem Gesundheitssystem leisten. Wir wollen daher die Arbeitsbedingungen so ausgestalten, dass Belastungen und Verdienstmöglichkeiten im Vergleich zu anderen Branchen wettbewerbsfähig sind. Es braucht neben einer fairen Bezahlung angemessene Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie verlässliche Arbeits- und Pausenzeiten, sodass der Beruf gerne und langfristig ausgeübt wird.</p>
<p>SSW</p>	<p>Wir vom SSW sehen nicht erst vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der</p>

	<p>Pandemie, welchen Arbeitsbelastungen Krankenhausärzt:innen ausgesetzt sind. Dass wir noch dazu eine Situation erleben, in der so manche Klinikleitung Stellen nicht nachbesetzen oder gar abbauen will, ist absurd. Uns sind die dahinterliegenden wirtschaftlichen Zwänge bewusst. Und doch halten wir einen Stellenabbau im ärztlichen aber auch in anderen Bereichen der Krankenhäuser für ein fatales Signal. Klar ist, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Seit Jahren diskutieren wir über die mangelnde Attraktivität der Gesundheitsberufe und über die viel zu geringe Wertschätzung. Pflegerische, aber auch ärztliche Arbeit ist häufig ein echter Knochenjob. Die Krankenstände und Überstundenkonten in unseren Krankenhäusern übersteigen jene anderer Berufsgruppen deutlich. Deshalb brauchen wir auch mit Blick auf Ärzt:innen eine echte Ausbildungs-offensive, um sie zumindest mittelfristig zu entlasten.</p>
--	---

Frage 2: Durch die Corona-Prämie soll die extreme Belastung in der Patientenversorgung honoriert werden. Das gilt für alle Beschäftigtengruppen, also auch für Ärzt:innen und PJ-Studierende (stationär/ambulant). Wie werden Sie sich einsetzen, dass Ärzt:innen und PJ-Studierende auch eine Corona-Prämie erhalten?

CDU	<p>Die Corona Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass wir eine gute und zukunfts-sichere ambulante und stationäre Versorgung brauchen. Dazu gehören auch engagierte Ärztinnen und Ärzte und PJ-Studierende. Auch sie haben während der Pandemie herausragende Arbeit geleistet. Das muss, ähnlich wie bei den Pflegekräften, honoriert werden. Bei einer erneuten Diskussion über eine Corona-Prämie werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass sowohl Ärztinnen und Ärzte als auch PJ-Studierende berücksichtigt werden.</p>
SPD	<p>Mit dem Pflegebonus will die Bundesregierung den Einsatz der Pflegekräfte in der Pandemie würdigen. Wir wissen aber auch, dass auch Ärzt*innen einer hohen Belastung in der Pandemie ausgesetzt waren und sind. Ihnen gilt genauso unser Dank und unsere Anerkennung. Dieser dritte Pflegebonus zeigt auf, dass Pflegekräfte viel zu wenig verdienen. Ein Bonus ist eigentlich nicht zielführend. Die Arbeitsbedingungen und Bezahlung von Pflegekräften müssen deutlich besser werden. Insgesamt bringt dieser Bonus viel Unruhe, da das Gesundheitspersonal in vielen unterschiedlichen Bereichen in der Pandemie besonders belastet war und nicht alle einen Bonus erhalten. Hier sehen wir auch Verteilungsungerechtigkeiten. Wir können daher die Forderung des Marburger Bundes nachvollziehen. Die Prämie wird jedoch auf Bundesebene entschieden. Wir werden uns auf Bundesebene für eine nachhaltige Verbesserung einsetzen.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Alle, die in der Corona-Pandemie in Gesundheit und Pflege besonders gefordert und besonders gefährdet waren und sind, sollten aus Grüner Sicht eine Corona-Prämie erhalten. Dazu gehören auch Ärzt*innen, PJler*innen, medizinische Fachangestellte, Mitarbeiter*innen in den Dialysepraxen und viele mehr. Leider liegt dies jedoch nicht in Grüner Hand. Die gesetzliche Grundlage und die Finanzierungsstruktur werden von der Bundesregierung erarbeitet.</p>
FDP	<p>Die Ärztinnen und Ärzte haben genau wie die vielen anderen Beschäftigten der Gesundheitsversorgung seit Beginn der Pandemie einen außergewöhnlichen Job gemacht und mit viel Einsatz ihren Beitrag bei der Bekämpfung der Pandemie geleistet. Die Wertschätzung für diese Arbeit gebührt allen Beschäftigten und muss sich dementsprechend auch ausdrücken.</p>
SSW	<p>Es ist absolut richtig, dass die pandemiebedingte Mehrarbeit und die coronabedingten Belastungen alle am Arbeitsplatz Krankenhaus Beschäftigten betreffen. Insofern ist es in der Logik von Prämienzahlungen auch folgerichtig, allen Beschäftigtengruppen einen solchen Bonus zu gewähren. Wir haben diese Sonderzahlungen zwar immer kritisch gesehen, weil sie einmalig honorieren soll, was über eine lange Zeit geleistet wurde und kaum auf diesem Weg aufzuwiegen</p>

	ist. Wir werden uns jedoch dafür einsetzen, dass diese Prämie als Zeichen der Wertschätzung an alle und damit auch an Ärzt:innen und selbstverständlich auch an PJ-Studierende fließt. Nichtsdestotrotz halten wir es für wichtig, dass auch dauerhafte Maßnahmen zur Entlastung ergriffen werden und die Leistung aller Beschäftigtengruppen mehr Anerkennung erfährt. Nicht zuletzt auch finanziell.
--	--

Frage 3: Die Aufsichtsbehörde muss entsprechend ihres Prüfauftrags die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in den Krankenhäusern systematisch und nicht ausschließlich anlassbezogen überprüfen. Wie werden Sie anlassunabhängige, regelmäßige Kontrollen des Arbeitszeitgesetzes im Krankenhaus gewährleisten?

CDU	Die Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in Krankenhäusern sind wichtig und notwendig. Wir wollen uns stärker dafür einsetzen, dass regelmäßigen Kontrollen stattfinden. Leider führen oftmals Personalmangel oder Krankheitsausfälle zu längeren Arbeitszeiten oder Doppelschichten, wodurch es zu Verstößen gegen die gesetzlichen Arbeitszeiten kommen kann. Wir wollen gegensteuern und uns grundlegend für bessere Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte einsetzen.
SPD	Überschreitungen der Arbeitszeiten im Krankenhaus und die damit verbundenen Folgen für die Ärzt*innen, aber auch für die Patientensicherheit sind ein ernstzunehmendes Problem. Anlassunabhängige Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes müssen in allen Branchen möglich sein, auch in Krankenhäusern und erst recht, wenn es ernstzunehmende Hinweise auf Verstöße gibt. Die Kontrollen allein werden jedoch das Problem nicht lösen. Denn Ärzt*innen überschreiten ja in den meisten Fällen deshalb die Arbeitszeiten, weil niemand da ist, der sie ablösen könnte. Daher wollen wir uns auch um mehr Personal in den Krankenhäusern kümmern – und zwar in allen Bereichen. Wir brauchen insbesondere mehr Ärzt*innen und mehr Pfleger*innen, um Entlastung zu schaffen.
Bündnis 90 / Die Grünen	Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich intensiv mit dem Thema Arbeitsschutz auseinandergesetzt und auf der Basis einer Großen Anfrage eine Expert*innenanhörung durchgeführt. Eine hohe Verantwortung zur Sicherstellung des gesundheitlichen Arbeitsschutzes, bei dem auch die Einhaltung der Arbeitszeitvorgaben eine wichtige Rolle spielt, liegt in den Krankenhäusern selbst als Arbeitgeber*innen. Staatliche Kontrollbehörden kommen in der Regel erst dann ins Spiel, wenn es um anlassbezogene Kontrollen geht – also bereits Warnmeldungen vorliegen. Eine Umfrage des Marburger Bundes hat jedoch ergeben, dass es Bereiche gibt, in denen das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten wird. Das ist inakzeptabel. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die staatliche Arbeitsschutzbehörde (StAUK) personell verstärkt wird. Wir wollen gemeinsam mit der StAUK eine Lösung finden, wie die Kontrollen des Arbeitszeitgesetzes im Krankenhaus intensiviert werden können.
FDP	Für uns ist es selbstverständlich, dass die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten und regelmäßig zu kontrollieren sind.
SSW	Wie in den weit überwiegenden Fällen, in denen Kontrollen gesetzlicher Vorgaben nötig sind, steht und fällt es mit der Personalausstattung der jeweils zuständigen Stelle. Für die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in unseren Kliniken ist das Sozialministerium als oberste Aufsichtsbehörde zuständig. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass hier eine Aufstockung bei der Zahl der Mitarbeitenden in der entsprechenden Abteilung vorgenommen wird. Dem SSW ist es ein wichtiges Anliegen, Ausbeutung und systematische Überlastung der Beschäftigten zu verhindern. Daher halten auch wir anlasslose Kontrollen und eine insgesamt höhere Kontrolldichte für absolut wünschenswert.

Frage 4: Der Mangel an ärztlichen Fachkräften in den Krankenhäusern und im öffentlichen Gesundheitsdienst wird nicht nur für die Kolleg:innen, sondern zunehmend auch für die Gesellschaft zum Problem. Mit welchen Strategien wollen Sie dem zunehmenden ärztlichen Fachkräftemangel im Land SH begegnen?

CDU	<p>Der Fachkräftemangel ist ein ernstzunehmendes Problem. Wir wollen dem mit gezielten Förderungen und Maßnahmen entgegenwirken. Dafür wollen wir zum Beispiel prüfen, welche weiteren Anreize wir setzen können, um Ärztinnen und Ärzte insbesondere für den ländlichen Raum zu gewinnen. Darüber hinaus wollen wir die Verwirklichung des Masterplans Medizinstudium zur Neustrukturierung und zur Verbesserung der Ausbildung unterstützen. Wir werden uns auch intensiv dafür einsetzen, dass ausgebildete Ärztinnen und Ärzte nach ihrer Approbation in Schleswig-Holstein bleiben, um hier die medizinische Versorgung sicherzustellen. Der Landtag fordert diesbezüglich vom Bund 1.000 zusätzliche Medizinstudienplätze.</p>
SPD	<p>Der demografische Wandel macht auch vor der Ärzteschaft nicht halt. Es braucht verschiedene Ansatzpunkte, um dieser Herausforderung zu begegnen. Einerseits müssen wir mehr Ärzt*innen ausbilden. Die Kernaufgabe besteht darin, die Zahl der Medizinstudienplätze in Deutschland insgesamt zu erhöhen. Wir streben an, die Ausbildungskapazitäten bundesweit um rund 5.000 neue Studienplätze zu erhöhen. Das würde für Schleswig-Holstein zwischen 100 und 150 neue Studienplätze bedeuten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund unser Land dabei unterstützt. Außerdem wollen wir nach bayerischem Vorbild Studienplätze für Studienbewerbende reservieren, die kein Spitzenabitur haben und sich zu einer zehnjährigen Arbeit als Landärzt*innen verpflichten. Zudem wollen wir die Vergabe von zusätzlichen Studienplätzen nach einem von der Abiturnote unabhängig zugänglichen und wiederholbaren Studierfähigkeitstest prüfen, wie es in Österreich seit vielen Jahren bewährt ist.</p> <p>Andererseits müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen, damit mehr Menschen als Ärzt*innen arbeiten wollen. Wir brauchen eine Personalbemessung in den Kliniken, verlässliche und planbare Arbeitszeiten, flexible und mitarbeiterorientierte Arbeitszeitmodelle sowie ausreichende, gebührenfreie und arbeitsplatznahe Kinderbetreuungsangebote mit dienstzeitkompatiblen Öffnungszeiten. Hier sind auch die Arbeitgeber*innen gefordert, gute Bedingungen zu bieten. Zur guten Infrastruktur gehört aber nicht nur ein gutes Krankenhaus, sondern auch gute Lebensbedingungen für die darin lebenden Menschen.</p> <p>Wir wollen mit allen relevanten Akteur*innen im Gesundheitswesen im Rahmen von Gesundheitskonferenzen ins Gespräch kommen.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Die Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen wollen wir verbessern. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, dass es eine konkrete Personalbemessung für den ärztlichen Bereich gibt. Außerdem wollen wir durch eine bessere Förderung der Digitalisierung Ärzt*innen von bürokratischen Tätigkeiten entlasten.</p> <p>Die Allgemeinmedizin werden wir stärken, um Anreize zu schaffen, damit mehr angehende Mediziner*innen auch in Flächenregionen eine Hausärzt*innenpraxis übernehmen. Die Wichtigkeit und Relevanz der flächendeckenden Gesundheitsversorgung sowie die Koordination zwischen scheidenden und kommenden Allgemeinmediziner*innen für eine bessere Übernahme von Praxen sollen schon im Medizinstudium eine wichtige Rolle spielen.</p>
FDP	<p>Der Fachkräftemangel ist auch im Gesundheitswesen zu spüren, besonders im ländlichen Raum. Damit die flächendeckende Gesundheitsversorgung stets gegeben ist, muss der Arztberuf auch für junge Ärztinnen und Ärzte attraktiv sein. Besonders im ländlichen Raum müssen daher neben der weiterhin wichtigen Freiberuflichkeit des Arztberufes auch andere Beschäftigungsverhältnisse möglich sein, zum Beispiel als Arzt im Angestelltenverhältnis oder in Teilzeit. Daher muss</p>

	der Aufbau von ergänzenden Angeboten wie Gemeinschaftspraxen, Zweigpraxen und kommunalen Gesundheitszentren unterstützt werden. Wir haben in der vergangenen Legislatur auch bereits Medizinstipendien geschaffen, die an eine spätere Landarztstätigkeit gekoppelt sind. Grundsätzlich ist es wichtig, dass die Arbeits- und Rahmenbedingungen verlässlich gestaltet sind.
SSW	Neben der häufig viel zu dünnen Personaldecke in der Pflege ist für uns selbstverständlich auch der Ärzt:innenmangel ein Thema, das uns seit langem beschäftigt und mit großer Sorge erfüllt. Aus unserer Sicht darf weder die Arbeitsbelastung noch die Personalsituation in unseren Krankenhäusern so bleiben, wie sie derzeit ist. Wir brauchen eine echte Entlastung für die Ärztinnen und Ärzte in Kliniken aber auch im ÖGD. Wir vom SSW hoffen daher sehr, dass der Wunsch nach mehr Personal spätestens mit den Erfahrungen aus der Pandemie endlich mehrheitsfähig ist. Der Blick in andere Länder zeigt, dass eine höhere Vergütung nicht zuletzt in der Ausbildung durchaus ein Anreiz dafür sein kann, Medizin zu studieren. Doch in allererster Linie müssen wir die Zahl der Lehrstühle und Studienplätze in Schleswig-Holstein ausweiten. Und wir müssen flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen und die Kinderbetreuung verbessern, damit Ärztinnen und Ärzte Familie und Arbeit besser unter einen Hut bringen können.

Frage 5: Um die Arbeitssituation der Beschäftigten zu verbessern, ist eine adäquate und refinanzierte personelle Ausstattung in der stationären Versorgung notwendig. Wie müsste aus Ihrer Sicht eine ärztliche Personalbemessung im Krankenhaus aussehen?

CDU	Eine exzellente Versorgung der Patientinnen und Patienten ist für uns unverzichtbar. Um die Patientenversorgung in Schleswig-Holstein weiterhin auf einem hochwertigen Qualitätsniveau zu halten und zu sichern, braucht es auch eine bedarfsgerechte Personalbemessung bei den Ärztinnen und Ärzten. Nicht nur die Versorgung ist uns ein wichtiges Anliegen, sondern auch die Arbeitsbedingungen des medizinischen Fachpersonals. Daher werden wir uns in Gesprächen mit Fachverbänden und Interessenvertretungen über die Personalbemessung in Krankenhäusern austauschen und Lösungen finden. Dies kann nur bundeseinheitlich geschehen.
SPD	Ein Krankenhaus funktioniert nicht ohne Menschen. Wir brauchen modern aufgestellte Krankenhäuser mit guten Arbeitsbedingungen. Nur so haben wir das nötige Fachpersonal. Genügend Zeit und eine Personalbemessungsschlüssel sind wichtige Forderungen von uns. Wir wollen eine aufgaben- und patientenorientierte Personalbemessung. Diese muss mit Expert*innen und relevanten Akteur*innen im Gesundheitswesen entwickelt werden.
Bündnis 90 / Die Grünen	Personalbemessung im Krankenhaus muss sich am realen und aktuellen Bedarf orientieren. Also auch an zu erwartenden Patient*innenzahlen, Behandlungserfordernissen sowie der Art und Schwere ihrer Erkrankungen. Das gilt für die ärztliche Versorgung und die pflegerische gleichermaßen. Die Empfehlungen der medizinischen Fachgesellschaften geben eine entsprechende Orientierung. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, die konkrete ärztliche Personalbemessung von einem unabhängigen wissenschaftlichen Institut erarbeiten zu lassen.
FDP	Die Personalbemessung muss selbstverständlich so erfolgen, dass die medizinische Versorgung sicher und umfänglich gewährleistet ist. Dies bedeutet insbesondere, dass ausreichend Personal geplant und vorhanden ist, dass Pausen- und Ruhezeiten verlässlich eingehalten werden können.
SSW	Aus Sicht des SSW ist völlig klar, dass wir neben finanziellen vor allem auch mehr

	<p>personelle Ressourcen in unsere Kliniken geben müssen. Wir fordern schon seit Jahren, dass endlich ein wirksames Personalbemessungsinstrument gesetzlich verankert wird. Dieses muss dem Versorgungs- bzw. Pflegebedarfen der Menschen gerecht werden und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Kliniken sowie der Alten- und Krankenpflege vollumfänglich Rechnung tragen. Perspektivisch muss mehr in die Ausbildung der Gesundheitsberufe investiert und diese Arbeit besser entlohnt werden. Außerdem halten wir es für unverändert wichtig, dass wir zu einer verbindlichen Regelung mit Blick auf eine Bettensperrung bei Personalmangel kommen. Denn diese schützt nicht nur aus Patient:innensicht vor Behandlungsfehlern oder gefährlicher Pflege, sondern auch die Beschäftigten in den Häusern vor Überlastung durch unverantwortliche Arbeitsverhältnisse.</p>
--	---

Frage 6: Schleswig-Holstein ist seiner Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser in den letzten Jahren nicht ausreichend nachgekommen.

Wie werden Sie den Investitionsstau in den Kliniken beheben und die Entkoppelung der DRG´s von der Krankenhausfinanzierung erreichen?

CDU	<p>Krankenhausfinanzierung ist ein wichtiges Thema, welches bei uns einen hohen Stellenwert hat. Wir haben in den letzten Jahren in unsere Krankenhäuser und Universitätskliniken sehr viel investiert, beispielsweise im Rahmen des Zukunftspaktes UKSH. Für Krankenhausinvestitionen außerhalb des UKSH standen Ende 2017 für die Folgejahre knapp 800 Mio. Euro zur Verfügung, mittlerweile konnten die bis zum Jahr 2030 bereitstehenden Mittel auf 1,6 Mrd. Euro verdoppelt werden. Um eine flächendeckende, hochwertige Krankenhausversorgung sicher zu stellen, braucht es weiterhin eine grundlegende Reform der Vergütung bzw. der Krankenhausfinanzierung. Das derzeitige System wird nicht dauerhaft die Versorgung gewährleisten können. Das System der Fallpauschalen muss daher zwingend um eine Basisfinanzierung/ Grundfinanzierung ergänzt werden, damit die Kliniken verschiedene Angebote vorhalten können.</p>
SPD	<p>Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Die Finanzierung von Investitionen in Bauten und Ausrüstung der Krankenhäuser durch öffentliche Mittel werden wir sichern. Ebenso ist das System der Fallpauschalen bei der Abrechnung von Leistungen zu reformieren und an den tatsächlichen Kosten auszurichten. Wir begrüßen, dass die Ampel-Koalition eine Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung plant. Das bisherige System soll um ein nach Versorgungsstufen (Primär-, Grund-, Regel-, Maximalversorgung, Uniklinika) differenziertes System erlösunabhängiger Vorhaltepauschalen ergänzt werden. Kurzfristig wird für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für die Pädiatrie, Notfallversorgung und Geburtshilfe gesorgt. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum muss eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Vorhaltekosten von Kliniken erfolgen, die im bisherigen System der Fallpauschalen strukturell benachteiligt, aber für die Versorgung der Bevölkerung existentiell sind. Mit dem Auflösen des Investitionsstaus in den Krankenhäusern haben wir bei unserem eigenen Maximalversorger als Küstenkoalition 2015 begonnen und über eine Milliarde Euro in die Infrastruktur gesteckt. Die Ampelkoalition auf Bundesebene setzt diesen Weg mit weiteren Versorgungskrankenhäusern im Land fort. Wir unterstützen sie dabei.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Auf Grüne Initiative hat das Land Schleswig-Holstein begonnen, den Sanierungsstau in den Kliniken abzubauen. Insgesamt werden wir bis 2030 eine Milliarde Euro zusätzlich in unsere Kliniken investiert haben. Auf Bundesebene setzen wir Grüne uns dafür ein, die Krankenhausfinanzierung um eine</p>

	Grundfinanzierung zu ergänzen, die die Vorhaltekosten berücksichtigt. Zusätzlich fordern wir, dass der Bund sich wieder an den Investitionskosten beteiligt. Wir finden es richtig, dass die Ampelkoalition eine Überarbeitung der Krankenhausfinanzierung angekündigt hat.
FDP	Wir sehen den großen Investitionsbedarf bei den Krankenhausstandorten im Land, weshalb wir eine Investitionsoffensive zur Umsetzung unseres geplanten „Masterplan Krankenhausinfrastruktur“ starten werden. In den vergangenen Jahren haben wir bereits mit hohen Investitionen, z.B. in die Neubauten des UKSH, wichtige Schritte bei der Modernisierung unserer Krankenhäuser eingeleitet. Wir werden dies aber ausbauen. Das System der Fallpauschalen bedarf aus unserer Sicht einer dringenden Überarbeitung, um den Kliniken wirtschaftlichen Druck zu nehmen und Fehlanreize zu beseitigen. Wir werden uns daher weiterhin für entsprechende bundesrechtliche Anpassungen einsetzen, dass in der Grund- und Regelversorgung zukünftig eine neue Grundlagenfinanzierung für Basisausstattung und Vorhaltekosten eingeführt wird.
SSW	Ganz grundsätzlich setzt sich der SSW dafür ein, dass Schleswig-Holstein (wie auch der Bund) die Kommunen weiterhin tatkräftig bei Kliniksanierungen und bei Neubauten unterstützt. Obwohl das Land seinen Beitrag über die letzten Jahre sukzessive erhöht hat, setzen wir uns für eine weitere Aufstockung der Investitionsmittel für Krankenhäuser ein. Angesichts der Herausforderungen für den Landeshaushalt steht allerdings zu befürchten, dass wir hier bald am Limit sind. Daher brauchen wir eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung und ein solidarisches Versicherungsmodell, das mehr Mittel für unsere Kliniken generiert. Aus Sicht des SSW müssen zum einen die Vorhaltekosten der Häuser weit stärker berücksichtigt und eine wohnortnahe Grundversorgung ermöglicht werden. Und zum anderen muss die Reform den Kliniken größere finanzielle Spielräume eröffnen, um nicht zuletzt einen Personalabbau aus ökonomischen Gründen effektiv zu verhindern.

Frage 7: Die Strukturen der Krankenhausversorgung müssen stärker auf Kooperation, Vernetzung und Bedarfsgerechtigkeit (flächendeckende Grundversorgung und Spezialisierung) ausgerichtet werden.

Wie soll aus Ihrer Sicht eine flächendeckende Krankenhausversorgung in Zukunft in SH sichergestellt werden?

CDU	Die Krankenhauslandschaft in Schleswig-Holstein muss bestmöglich und zukunftssicher auf-gestellt sein. Wir sehen die Einrichtung einer entsprechenden Enquetekommission ein wesentlicher Bestandteil an, um die Krankenhausplanung und -finanzierung optimal zu planen, zu gestalten und zu sichern. Dieses Instrument ist dafür genau das richtige, da eine konsensuale Lösung angestrebt wird. Uns ist wichtig, dass die Krankenhausplanung und Finanzierung so organisiert sind, dass eine bedarfsgerechte und bestmögliche Versorgung und Pflege jederzeit gesichert sind. Daher werden wir uns ganz im Rahmen einer nachhaltigen und leistungsfähigen Krankenhausstrukturpolitik an den Leitbildern der Bedarfsorientierung, der Qualität und der Erreichbarkeit orientieren.
SPD	Wir wollen in Schleswig-Holstein wohnortnah sowohl ambulante als auch stationäre Angebote der medizinischen Versorgung sicherstellen. Dabei ist klar, dass wesentliche Rahmenbedingungen durch den Bund gesetzt werden. Wir hoffen, dass die von der Ampel-Koalition geplante Reform der Krankenhausfinanzierung die Vorhaltekosten ausreichend finanziert werden. Im Land wollen wir die Finanzierung von Investitionen in Bauten und Ausrüstung der Krankenhäuser durch öffentliche Mittel sichern. Das spielt im nächsten Jahrzehnt eine besondere Rolle, da sich Klinikstandorte zukunftsfähig aufstellen wollen. Dazu gehört, die Digitalisierung im Gesundheitswesen zu beschleunigen.

	<p>Eine weitere Konzentration von Klinikstandorten sehen wir kritisch, weil dadurch die flächendeckende Versorgung gefährdet wird. Wir befördern allerdings eine gut aufeinander abgestimmte Entwicklung der einzelnen Klinikstandorte und eine stärkere Vernetzung untereinander sowie mit dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein.</p> <p>Kleinere Kliniken spielen eine wichtige Rolle bei der wohnortnahen Grundversorgung. Diesen Kliniken wollen wir eine Perspektive geben, sich zu regional ausgerichteten Gesundheitszentren zu entwickeln, in denen die stationäre Grundversorgung mit ambulanten Angeboten und pflegerischen Angeboten verzahnt werden.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Gesundheit ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Falsche politische Weichenstellungen in der Vergangenheit haben zu Fehlanreizen geführt. Der daraus entstandene ökonomische Druck geht zu Lasten der Versorgung von Patient*innen und führt zu einer starken Belastung des Personals. Wir fordern daher eine komplette Überarbeitung der Krankenhausfinanzierung, insbesondere wollen wir eine Grundfinanzierung für die Vorhaltekosten. Wir Grüne haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass die Investitionen in die Krankenhäuser massiv erhöht wurden, damit der Sanierungsstau abgebaut wird. In den nächsten Jahren wird 1 Mrd. Euro zusätzlich in die Kliniken unseres Landes investiert. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der Bund sich zukünftig auch an den Investitionskosten beteiligt. Mit dem Landeskrankenhausgesetz haben wir in Schleswig-Holstein die Grundlage für eine bessere Planung der flächendeckenden Krankenhausversorgung gelegt.</p>
FDP	<p>Wir Freie Demokraten wollen einen "Masterplan Krankenhausinfrastruktur" entwickeln, um die stationäre Versorgung im Land zukunftsfest zu machen. Dafür wollen wir ein sinnvolles Zusammenwirken der Grund- und Regelversorger sowie Schwerpunktversorger einerseits und dem Universitätsklinikum als einzigem Maximalversorger im Land andererseits. Hierfür wollen wir Kooperationen fördern und Angebote abstimmen. Unser Ziel ist ein Masterplan, der qualitativ hochwertige Medizin und eine gute Erreichbarkeit sinnvoll in Einklang bringt. Für die Umsetzung werden wir eine Investitionsoffensive für die Krankenhäuser auf den Weg bringen, damit die Kliniken im Land fit für die Zukunft und modern sind.</p>
SSW	<p>Gerade vor dem Hintergrund unserer Herausforderungen als Flächenland setzt sich der SSW dafür ein, die bestehenden Kliniken zu erhalten und den Menschen damit zumutbare Versorgungswege zu sichern. Vorschläge zur Reform der Krankenhausfinanzierung, die die Vorhaltekosten kleinerer Kliniken berücksichtigen und so eine wohnortnahe Grundversorgung ermöglichen, liegen längst vor. Diese müssen zeitnah umgesetzt werden. Auf der anderen Seite wollen wir die Spezialisierung und Kooperation unserer Kliniken so koordinieren, dass keine kostspieligen Doppelstrukturen bestehen und Menschen optimal versorgt werden können. Um all dies auch für die Zukunft sichern zu können, brauchen wir eine breitere finanzielle Basis. Zum einen müssen Land aber auch Bund bei den Investitionsmitteln nachlegen. Zum anderen brauchen wir eine wirklich solidarische Krankenversicherung, in der alle ihren fairen Beitrag leisten.</p>

Frage 8: Die Medizinstudierenden brauchen eine verpflichtende PJ-Aufwandsentschädigung in allen Krankenhäusern und Praxen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, während die aktiv ganztags in der Patientenversorgung arbeiten. Wie stehen Sie zu der Forderung nach einer PJ-Aufwandsentschädigung im UKSH?

CDU	Die Forderung nach einer PJ-Aufwandsentschädigungen können wir nachvollziehen. Wir verstehen und sehen die benannte Problematik und wollen die Situation der Medizinstudierenden verbessern. Wir werden daher in der nächsten Legislaturperiode eine Aufwandsentschädigung für das praktische Jahr diskutieren und beraten.
SPD	Wir unterstützen eine angemessene Aufwandsentschädigung auch in der Ausbildungssituation während des Praktischen Jahres und setzen uns für eine bundeseinheitliche Regelung in der Approbationsordnung der Ärzt*innen ein. Eine Orientierung am BAföG-Höchstsatz wäre dabei sinnvoll. Bis es zu einer bundeseinheitlichen Regelung kommt, wollen wir uns dafür einsetzen, dass für ein Praktisches Jahr am UKSH zukünftig eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird.
Bündnis 90 / Die Grünen	PJler*innen sollen viel lernen und viel leisten und sie haben bei der anspruchsvollen und zeitintensiven Tätigkeit keine Möglichkeit, noch nebenbei Geld zu verdienen. Eine klare Vorgabe für die Zahlung einer Aufwandsentschädigung gibt es leider nicht. Die Kliniken in Schleswig-Holstein handhaben das sehr unterschiedlich. Uns ist bekannt, dass der Marburger Bund eine Aufwandsentschädigung in Höhe des in der Approbationsordnung angegebenen BAföG-Höchstsatzes (aktuell 735 Euro) fordert. Auch wir Grüne halten es für angemessen, dass die tatsächliche Arbeit von PJler*innen angemessen honoriert wird. Mehrfache Anläufe, hierfür eine Mehrheit zu erreichen, scheiterten bisher an der angespannten finanziellen Lage Schleswig-Holsteins.
FDP	Viele Kliniken zahlen leider keine Aufwandsentschädigung für das PJ. Für die FDP ist klar: Wer entsprechende Leistungen erbringt, muss auch eine entsprechende Bezahlung erhalten.
SSW	Die Frage der PJ-Aufwandsentschädigung ist zwar nicht neu, aber sie erfüllt uns regelmäßig mit Verwunderung und auch mit Sorge. Wir haben hierzu immer klar Stellung bezogen und gesagt, dass Ärzt:innen in (Vollzeit-)Ausbildung nicht noch zusätzlich arbeiten sollen, um über die Runden zu kommen. Es kann nicht angehen, dass man diese anstrengende Phase der Ausbildung nur mit finanzieller Hilfe der Eltern oder gar durch Kredite bewältigen kann. Wir fordern eine Lösung, die unabhängig von der Trägerschaft für alle Kliniken und damit für alle PJ-Studierende gilt. Im Fall des UKSH ist der Vorstand hauptverantwortlich, wenn es um Fragen der Entlohnung geht. Weil aber das Land bzw. Teile der Landesregierung in den Aufsichtsgremien sitzen, würden wir hierüber auf eine angemessene PJ-Aufwandsentschädigung hinwirken. Dies ist allerdings vom Ausgang der Wahl und von der Frage abhängig, welche Koalition sich bildet. Mit dem SSW in der Regierung gäbe es hierfür definitiv eine starke Stimme.